



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. März 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

P 594 Postulat Özvegyi András und Mit. über den Zubau von Photovoltaik-Installationen bei neuen kantonalen Immobilien / Finanzdepartement

Das Postulat P 594 und das Postulat P 595 von András Özvegyi über ökologische Optimierung bei bestehenden kantonalen Immobilien rasch umsetzen werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 594 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Franz Gisler beantragt teilweise Erheblicherklärung. Gaudenz Zemp beantragt Ablehnung.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 595 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. András Özvegyi hält an seinem Postulat fest. Gaudenz Zemp beantragt Ablehnung.

András Özvegyi: Die Notwendigkeit für dieses Postulat ist darin erwähnt. Es betrifft vier Punkte: Gemäss Bundesamt für Energie muss die Photovoltaik-Leistung in der Schweiz deutlich gesteigert werden. Die Investitionen ermöglichen aber auch Einsparungen bei den jährlichen Energiekosten. Der Kanton Luzern soll seine Verantwortung wahrnehmen. Die Photovoltaik-Stromproduktion gehört zudem zur Bereitstellung der E-Mobilität. Inzwischen haben dies auch der Axpo-Chef und auch der Regierungsrat bestätigt, indem er die Erheblicherklärung des Postulats beantragt. Ursprung dieses Vorstosses war eine Diskussion mit der Dienststelle Immobilien im letzten Jahr. Ich habe erfahren, dass Photovoltaikanlagen auf neuen Immobilien nicht selbstverständlich sind. Das ist unglaublich, baut doch die ganze Welt in der Zwischenzeit mit Photovoltaikanlagen an den Fassaden oder auf dem Dach, nur wir im Kanton Luzern nicht. So hat das Neubauprojekt des Sicherheitszentrums Rothenburg weder Dach- noch Fassadenmodule. Auch beim Verwaltungsgebäude am Seetalplatz mussten wir nachbessern. Unsere Immobilienabteilung braucht einen Auftrag in Form eines Postulats. Ich bitte Sie darum um Zustimmung. Zum Postulat P 595: Hier behauptet der Regierungsrat in seiner Stellungnahme, dass er bei der Gebäudeoptimierung schon sehr viel mache. In letzter Zeit habe ich aber erfahren, dass es dort nicht so vorbildlich läuft. Da kommt mir ein Zitat von Goethe aus der letzten Session in den Sinn: «Allein mir fehlt der Glaube». Wir wissen, dass im Förderprogramm Energie der Kanton Luzern im Vergleich zu anderen Kantonen zuhinterst rangiert. Die Klimakrise ist seit Jahren bekannt. Wenn der Kanton Luzern gut wäre, dann würde das heissen, man sei dran, und bis 2026 sei unser Gebäudeportfolio saniert. Weil das nicht so ist, halte ich an meinem Postulat fest. Besten Dank für die Unterstützung.

Franz Gisler: András Özvegyi möchte die Regierung beauftragen, dass bei kantonalen Immobilien ökologisch das Maximum realisiert wird. Die Regierung bietet das Optimum. Das Gleiche oder doch nicht? Man könnte auch sagen, die Forderung des Postulats sei schon erfüllt. Aus diesem Grund ist die SVP für die teilweise Erheblicherklärung. Noch eine

Bemerkung: Heute Morgen stand Samuel Zbinden mit einem Puma-Shirt am Rednerpult. 95 Prozent der Produkte, die Puma herstellt, werden in Asien hergestellt, in Bangladesch und Vietnam, und dort ist Kinderarbeit ein grosses Thema. Es kann nicht sein, dass man solche Produkte kauft und gleichzeitig so auf Ökologie pocht wie er.

Monique Frey: Mit der Energiestrategie soll die Photovoltaik bis 2050 34 Terawattstunden Strom liefern. Das sind 50 Prozent mehr, als die vier Kernkraftwerke heute produzieren. Dafür braucht es laut Bund bis 2050 jedes Jahr einen Zubau von durchschnittlich 1000 Megawatt Leistung, ungefähr doppelt so viel Zubau wie heute schon. Das ist erreichbar. Unsere Genossenschaft baut beispielsweise bereits die zweite Photovoltaikanlage. Machen Sie mit, dann sind Sie die Zweiten, und wir haben unser Ziel erreicht. Es ist klar, dass bei neuen Immobilien eine Installation ein Muss ist, im Speziellen bei kantonalen Bauten, die eine Vorbildrolle übernehmen sollten. Wichtig ist aber auch, dass nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei bestehenden kantonalen Immobilien die Dach- und Fassadenflächen konsequent mit Solarpanels belegt werden sollen. Solarenergie lohnt sich. Zum Glück gibt es erste Energieunternehmen wie die BKW Energie AG, welche die eingespeiste Energie aus Solarstrom besser vergüten wollen. Zum Postulat P 595: Neue Studien von verschiedenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der ETH und des Paul-Scherrer-Instituts zeigen, dass Öl- und Gasheizungen aus Umweltsicht möglichst rasch ausgetauscht werden sollten, und zwar selbst dann, wenn diese noch einwandfrei funktionieren. Die Annahme einer Lebensdauer von ungefähr 20 Jahren kann aus ökologischer Sicht nicht mehr berücksichtigt werden. Was für private Hausbesitzer gilt, soll erst recht für den Kanton als Vorbild gelten. Wer noch eine Öl- oder Gasheizung in seinem Gebäude hat, soll aus Umweltsicht möglichst rasch auf eine Wärmepumpe, Pellets oder Fernwärmeheizung umsteuern. Wer in einem schlecht gedämmten Haus wohnt, soll die Sanierung sofort angehen. Weiter sollen sinnvolle Hausautomationen eingebaut werden; das ist besonders bei Bürogebäuden sinnvoll. Bei Hausbesitzern braucht es für die Umsetzung dieser neuen Erkenntnisse attraktive Förderangebote, und der Kanton hat auch das Geld für Sanierungen seiner Massnahmen. Statt weitere Steuern zu senken, sollen Gelder für die Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Das ist im Moment die beste Vorsorge, um unserer nächsten Generation keine Schulden zu hinterlassen. Jetzt zu investieren, ist immer noch viel billiger und effektiver als erst in zehn Jahren. Wir wissen, das Thema ist bereits seit 30 Jahren aktuell. In den letzten Jahren ist es langsam vorwärtsgewandert. Steuererleichterungen waren der bürgerlichen Mehrheit wichtiger als Investitionen in eine lebenswerte, ökologische Zukunft und einen klimaschonenden Kanton. Ich bitte Sie nun, den Zug nicht zu verpassen und beide Vorstösse vollständig zu überweisen.

Franz Räder: Die FDP ist nicht gegen Photovoltaikanlagen. Das ist nicht der Grund, warum wir einen Ablehnungsantrag gestellt haben. Wir sind der Meinung, dass bereits alles betreffend Photovoltaikanlagen an kantonalen Gebäuden geplant ist oder geplant wird. Die Regierung hat dazu Ja gesagt, und deshalb sehen wir das Anliegen als bereits erfüllt an. Daher haben wir den Ablehnungsantrag gestellt.

Andy Schneider: Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen, bei kantonalen Immobilien Photovoltaikanlagen zu installieren. Er nennt dazu drei zur Realisierung anstehende Projekte: das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz, den Campus Horw und das Sicherheitszentrum in Rothenburg. Er möchte bei diesen Projekten eine Vorbildwirkung erzielen. Es ist aber wichtig, dass hier das ganze Potenzial dieser Gebäude ausgeschöpft wird. Der Regierungsrat anerkennt, dass bereits grosse Anstrengungen unternommen werden, um den Energieverbrauch zu drosseln. Ich sehe keine massgebende Begründung, warum der Regierungsrat das Postulat P 595 nur teilweise erheblich erklären will. Aus Sicht der SP sind beide Postulate erheblich zu erklären. Die Vorbildfunktion des Kantons wird dadurch gestärkt, dass mit der Stossrichtung beider Postulate sowohl beim Zubau der Photovoltaik-Installationen als auch bei der energetischen Erneuerung und der fossilfreien Versorgung der kantonalen Gebäudeparks vorwärtsgewandert wird. Darum bitte ich Sie, beide Postulate erheblich zu erklären.

Thomas Grüter: Wenn der Kanton Luzern die angestrebten Klimaziele erreichen will, soll

er auch als Vorbild agieren. Die Ausstattung der kantonalen Immobilienneubauten mit einem Maximum an Photovoltaikanlagen ist eine gute Möglichkeit, hier aktiv zu sein. Der Zubau hilft zudem, die komplette Versorgung mit Ökostrom zu erreichen. Im Kantonalen Energiegesetz, in der Kantonalen Energieverordnung und im Planungsbericht zur Immobilienstrategie des Kantons Luzern sind die Grundsätze dafür vorhanden und können noch optimiert werden. Nachhaltigkeit ist grossgeschrieben, und künftige Neubauten werden richtig geplant. Das Potenzial ist auch hier sehr gross. Die Mitte unterstützt die Prüfung der Maximierung und folgt der Regierung mit der Erheblicherklärung. Mit dem Postulat P 595 kann der Kanton Luzern als Vorbild bei der ökologischen Optimierung von bestehenden Immobilien aktiv werden. Dazu braucht es aber massive Investitionen und intensive Bemühungen, die der Regierungsrat im Planungsbericht Klima und Energie festgehalten hat und auch weiter intensiviert, um die Ziele zu erreichen. Weil bereits viel in der Umsetzung ist und die nachhaltige Reduktion des Energieverbrauchs in den kantonseigenen Gebäuden bereits verfolgt wird, unterstützen wir den Antrag der Regierung, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Den Antrag von Franz Gisler und die beiden Anträge von Gaudenz Zemp lehnen wir ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Über das Postulat P 594 besteht wohl Einigkeit. Die Regierung sieht dieses Anliegen, und wir sind mit der Erheblicherklärung einverstanden. Beim Postulat P 595 sehen wir das etwas differenzierter. Es sind zwei Gründe, die uns dazu bewogen haben, für dieses Postulat nur die teilweise Erheblicherklärung zu beantragen: einerseits die bereits bestehenden Aktivitäten, und andererseits – das ist auch die Antwort auf die Frage von Kantonsrat Andy Schneider – sind wir klar der Meinung, dass im Bereich der Gebäudeautomation eine Umsetzung mit Augenmass erforderlich ist. Es ist nicht zwingend erforderlich, dass dies im Sinn einer optimalen Energienutzung gewinnbringend sein soll. Das kann auch kontraproduktiv sein. Darum beantragen wir Ihnen, das Postulat P 595 nur teilweise erheblich zu erklären. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie den Anträgen der Regierung Folge leisten.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 62 zu 39 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat P 594 mit 62 zu 37 Stimmen erheblich.